

MICHAEL HÄUSLER (MÜNSTER)

"DIE FORDERUNG DER STUNDE ERKANNT ..."

DIE GLEICHSCHALTUNG DER MÄNNLICHEN DIAKONIE
AUF DEM 9. DEUTSCHEN DIAKONENTAG IN HAMBURG 1933

Vom 9. bis 16. September 1933 feierte die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche das hundertjährige Bestehen ihrer berühmtesten Einrichtung, der von Johann Hinrich Wichern gegründeten Kinderrettungsanstalt "Rauhes Haus" in Hamburg. Da Wichern erstmals angelernte Gehilfen in der Erziehungsarbeit eingesetzt hatte, stellte das Jubiläum des Rauhen Hauses gleichzeitig auch die Hundertjahrfeier der Männlichen Diakonie dar. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Deutsche Diakonenverband (DDV), die seit 1913 bestehende Standesorganisation der Diakone, in der sich die Bruderschaften von 20 über das ganze Reich verteilten Diakonenanstalten zusammenfanden, in Verbindung mit den eigentlichen Jubiläumsfestlichkeiten für das Rauhe Haus den 9. Deutschen Diakonentag. Da die seit langem geplanten Festlichkeiten zeitlich in die Phase der Machtergreifung der "Deutschen Christen" in der evangelischen Kirche fielen, hatte man den deutschchristlichen Direktor im Berliner Centralausschuß für Innere Mission (CA), Horst Schirmacher, um die Übernahme des Hauptvortrags zum Thema "Diakonie als Angriff" gebeten.¹ Dieser nahm die Gelegenheit wahr, den ver-

1 Die Ereignisse von Hamburg sind festgehalten in einer vom DDV herausgegebenen Broschüre: 100 Jahrfeier des Rauhen Hauses und der männlichen Diakonie. 9. Deutscher Diakonentag. 9. bis 16. September 1933 in Hamburg. Festbericht. Berlin 1933. - Schirmacher stand zu dieser Zeit im Rang eines Direktors des CA, führte den Titel offiziell aber erst seit dem 18.10.1933; s. Jochen-Christoph Kaiser, Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1918 - 1945. München 1989, S. 265, 272. Zur Person von Schirmacher: Ders., "Politische Diakonie" zwischen 1918 und 1941: Der Rechenschaftsbericht Horst Schirmachers über seinen "Dienst in der Inneren Mission der Deutschen Evangelischen Kirche", in: Jb. f. westf. KG, Jg. 80 (1987), S. 207 - 228. - Das in seiner kämpferischen Formulierung so ganz in die Diktion der Nationalsozialisten hineinpassende Thema wurde nicht von Schirmacher gewählt, sondern war schon Anfang 1933 vom DDV bestimmt worden. Bezeichnenderweise war der Rostocker Theologieprofessor Helmut Schreiner, ehemaliger Vorsteher der Spandauer Diakonenanstalt Johannesstift und entschiedener DC-Gegner, trotz

sammelten 1.000 Diakonen sein Programm von der Stellung der Diakone im 'Dritten Reich' zu entwerfen:

Diakonie, so führte Schirmacher aus, dürfe fortan nicht mehr bloß als Dienst am Nächsten verstanden werden, sie sei sowohl Dienst als auch Kampf. Diakonissen und Diakone stünden im "entschlossenen Angriffskrieg" gegen Armut und Elend, vor allem aber gegen den Unglauben. Eben diesem "volksmissionarischen Angriff" komme im 'Dritten Reich' die größte Bedeutung zu, und hier sei es die besondere Aufgabe der Diakone, gerade auch die nationalsozialistischen Organisationen mit christlichem Geist zu befruchten:²

"Bemüht Euch in aller kürzester Frist, in ein kameradschaftliches Verhältnis zur SA, SS, NSBO und Stahlhelm zu kommen. Volksmission in diesen herrlichen Bewegungen und Organisationen kann man nur auf kameradschaftlicher Grundlage treiben. Die Seele des SA-Mannes versteht nur der SA-Mann selbst. Ich wünschte, daß unsere jungen Brüder in den Diakonenanstalten sämtlich SA-Männer werden. Der alte Bodelschwingh hat für die Diakonie die Ausbildung mit der blauen Schürze verlangt. Das soll auch bleiben. Aber zu der blauen Schürze gehört das braune Hemd!"

Nach Schirmachers Ansicht waren die Diakone besonders für den Dienst in der SA geeignet, weil auch ihnen jener kämpferische Geist zu eigen sei, der die braunen Bataillone auszeichne, und so konnte er ihnen zurufen:³

"Wir grüßen Euch alle als die SA Jesu Christi und die SS der Kirche, ihr wackeren Sturmabteilungen und Schutzstaffeln im Angriff gegen Not, Elend, Verzweiflung und Verwahrlosung, Sünde und Verderben."

Die Euphorie, mit der die in Hamburg versammelten Diakone die Worte Schirmachers, vor allem aber seine unverbindlichen Versprechungen sich ausweitender Arbeitsmöglichkeiten im 'Dritten Reich' aufnahmen, war bald verflogen, aber das damals weniger beachtete Wort von der "SA Jesu Christi" wirkt nach; es prägt

Bitten nicht bereit, zu diesem Thema in Hamburg zu sprechen.

2 Festbericht, S. 85.

3 Festbericht, S. 80.

die vor einigen Jahren neu entfachte Diskussion über die Rolle der Männlichen Diakonie in der Zeit des Nationalsozialismus.⁴

Tatsächlich aber stammte Schirmacher selbst nicht aus den Reihen der Männlichen Diakonie, und seine Äußerungen spiegelten eher die Erwartungen wider, die von seiten der DC innerhalb der Inneren Mission an die Diakone herangetragen wurden. Die Deutschen Christen widmeten den Hamburger Jubiläumstagen größte Aufmerksamkeit, was seinen Ausdruck nicht zuletzt in der mehrtägigen Anwesenheit Ludwig Müllers fand.⁵ Das diakonische Feld erschien ihnen als besonders geeignet zur Selbstdarstellung, denn hier hatten sie die meiste Resonanz zu erwarten: Die DC hatten ja von Beginn an das soziale Element besonders betont und sich auch selbst schon als die "SA Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, sozialen und geistlichen Not" bezeichnet⁶ - in der Volksmission lag der Schlüssel für ihr Programm zur Gewinnung der entkirchlichten Massen. Den Hamburger Festtagen konnten die Deutschen Christen ihren Stempel aufdrücken, weil sie sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden: Die Kirchenwahlen vom

4 Hervorgerufen wurde diese Diskussion durch verschiedene Zeitungs- und Fernsehbeiträge des Journalisten Ernst Klee und dessen (nicht nur die Männliche Diakonie behandelndes) Taschenbuch "Die SA Jesu Christi". Die Kirche im Banne Hitlers. Frankfurt/M. 1989; vgl. dazu die Rezension von M. Greschat / J.-Chr. Kaiser in: diakonie report Nr. 3, 1989, S. 10. - Einen Überblick der Geschichte des DDV bietet Peter Sutter, Materialien zur Geschichte der Deutsche Diakonenschaft; in: "Was uns bewegt - was wir bewegen". 75 Jahre Deutsche Diakonenschaft 1913 - 1988. Hrsg. v. Vorstand der Deutschen Diakonenschaft. Bielefeld 1988. Als Skizze einer einzelnen Diakonenanstalt liegt vor: Christoph Mehl, Das Stephansstift im Jahr 1933; in: Theodor Strohm / Jörg Thierfelder (Hrsg.), Diakonie im 'Dritten Reich', Heidelberg 1990. - Vf. arbeitet an einer Dissertation zum Thema.

5 Müller, der sowohl auf der Jubiläumsfeier am 12.9. als auch auf dem Diakonentag am 13.9. sprach, knüpfte hier die Kontakte zum Leiter des Rauhen Hauses, Friedrich Engelke, den er daraufhin 1934 ins Geistliche Ministerium berief und zum "Reichvikar" ernannte.

6 So lautete der Einleitungssatz der im Juni 1933 von Hossenfelder und Themel verfaßten "sozialen Botschaft" der DC; in: J. Hossenfelder: Unser Kampf. Schriftenreihe der Deutschen Christen Nr. 5. Berlin 1933, S. 25. Zit. nach: Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918 - 1934, S. 269. Die "soziale Botschaft" wurde auch komplett im Verbandsorgan des DDV, dem Deutschen Diakonenblatt, abgedruckt: DDBl Jg. 20 (1933) Nr. 10, S. 150 - 155.

23. Juli hatten ihnen einen überwältigenden Sieg eingebracht, die "braune" preußische Generalsynode lag nur wenige Tage zurück, Müller war als Landesbischof in Altpreußen bestätigt und zum Reichsbischof designiert worden, die Jungreformatorische Bewegung hatte sich als Kirchenpartei zurückgezogen und der Pfarrernotbund, der erstmals die bekennnistreue Opposition sammelte, existierte noch nicht. Nichts schien also in diesen Septembertagen die Deutschen Christen bei der Verwirklichung ihrer kirchlichen Pläne aufhalten zu können, und so gestaltete sich das Hamburger Jubiläum zu einer machtvollen Demonstration deutschchristlicher Vorstellungen von Diakonie und Innerer Mission.

Schirmachers Rede muß deshalb im Rahmen dieser Propagandaaktion gesehen werden. Die spontane Wirkung, die seine Ausführungen auf die anwesenden Diakone hatte, wird durch eine solche Betrachtungsweise keineswegs in Frage gestellt, sie relativiert aber die Bedeutung, die Schirmachers Rede für die weitere Entwicklung der Männlichen Diakonie im 'Dritten Reich' zukam. Die eigentlichen Entscheidungen fielen dann nämlich am folgenden Tag bei der offiziellen Vertreterversammlung des Diakonenverbandes, auf die allerdings die Festvorträge, Grußworte und glänzenden Großveranstaltungen prägenden Einfluß hatten. Die Delegierten der Bruderschaften vollzogen mit ihren Beschlüssen die teilweise Gleichschaltung der Männlichen Diakonie, indem sie erstmals einen Diakon zum "Führer" des bis dahin von den Bruderhausvorstehern beherrschten Verbandes machten und überdies eine kirchenpolitische Resolution verabschiedeten, in der sie sich voll und ganz hinter die Reichsleitung der Deutschen Christen stellten und alle Diakone zum schnellstmöglichen DC-Beitritt aufriefen.

Diese kirchen- und verbandspolitischen Entscheidungen des Hamburger Diakonentages sollen deshalb im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen. Der soeben berufene "Reichsführer der Deutschen Diakonenschaft" und vormalige Verbandsgeschäftsführer, Fritz Weigt, sah in den Beschlüssen "eine geschichtliche

Wende" für den DDV und kommentierte sie in der Oktobernummer des Deutschen Diakonenblattes so:⁷

"Der außerordentliche Vertretertag hat mich f zum Reichsführer bestimmt und den alten Verbandsnamen in 'Deutsche Diakonenschaft' umgewandelt. Es war eine geschichtliche Stunde, als diese Beschlüsse am 14. September ohne Aussprache einmütig gefaßt wurden. Damit ist der alte D.D.V. Geschichte geworden und mit ihm das Vorrecht der Brüderhausvorsteher, ihrerseits den Verbandsvorsitzenden zu stellen, gefallen. Ich danke den Vorstehern unserer Bruderschaften, daß sie die Forderung der Stunde erkannt und vor der Erörterung der entsprechenden Anträge bereits ihren Verzicht auf dieses Vorrecht erklären ließen. Das hat der neuen Entwicklung freie Bahn geschaffen."

Weigt sah die Geschehnisse und Beschlüsse des Hamburger Diakonentages eingebettet in die allgemeinen politischen und kirchlichen Entwicklungen des Jahres 1933. Gerade diese Weitsicht war es ja, die er an den Vorstehern lobte, wenn er ihnen dafür dankte, daß sie "die Forderung der Stunde erkannt" und auf diese Weise überflüssige Diskussionen über die Notwendigkeit eines Wechsels an der Verbandsspitze vermieden hätten. Es ist deshalb notwendig, sich zuerst vor Augen zu führen, welches denn diese 'Forderungen der Stunde' waren, auf die die Hamburger Beschlüsse eine Antwort darstellten. Deshalb soll im folgenden aufgezeigt werden, wie die Machtergreifung von Nationalsozialisten und Deutschen Christen im Bereich der Männlichen Diakonie erfahren wurde, bevor die kirchen- und verbandspolitischen Entscheidungen von den ihnen zugrundeliegenden Motiven her beleuchtet werden. Am Schluß steht ein Ausblick auf die unmittelbaren Reaktionen und langfristigen Folgen der Hamburger Beschlüsse.

Die Berufung Adolf Hitlers in das Amt des Reichskanzlers an der Spitze einer national-völkischen Koalitionsregierung, die sich recht bald schon als Machtergreifung der Nationalsozialisten erweisen sollte, wurde von der Bevölkerungsmehrheit in Deutschland anfangs nicht als bedeutsames Ereignis zur Kenntnis genommen. Es ist daher kaum verwunderlich, daß die Ereignisse des 30. Januar auch in den Reihen der Männlichen Diakonie zuerst keine nachweisbare Resonanz fanden. Aber schon die

7 DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 10, S. 145 - 147.

mit größtem Propagandaaufwand verbreitete Regierungserklärung Hitlers, in der er die Gemeinsamkeiten der 'nationalen Front' beschwor und die Schaffung eines gefestigten Staatswesens auf christlicher Grundlage versprach, löste in national-gesinnten Kreisen - und zu diesen zählte auch die überwältigende Mehrheit der Diakone - die von den Nationalsozialisten erhofften Reaktionen aus.

So befaßte sich Ernst Bunke, bis zu seiner Pensionierung Vorsteher des Spandauer Johannesstifts und DDV-Vorsitzender, in einem Mitte Februar verfaßten Beitrag für das Diakonenblatt mit der Frage "Diakon und Politik". Von der neuen Regierung sei, so Bunke, zu erhoffen, daß sie sich als ein Werkzeug Gottes zur Linderung der Not erweise, daß sie Ehe und Familie entschieden schütze, Schmutz und Schund ebenso nachhaltig bekämpfe. Mit deutlichen Zeichen der Genugtuung registrierte er, daß die katholische Zentrumspartei außen vor bleibe, wenn das neue Deutschland marschiere, ganz zu schweigen von Sozialdemokraten und Kommunisten, deren Verbot man als überzeugter Christ und bewußter Deutscher nur begrüßen könne. Im Hinblick auf die beginnenden Übergriffe der SA fügte er hinzu: "Ohne äußere Gewalt geht es leider in dieser Welt der Sünde nicht." Schließlich rief er die Diakone kaum verhüllt dazu auf, die nationale Front bei der bevorstehenden Wahl zu unterstützen, auch anderen Christen ihre Wahlpflicht einzuschärfen und sich, wo die beruflichen Verhältnisse dies zuließen, an der politischen Arbeit zu beteiligen.⁸

Anhand dieser frühen Reaktion auf die nationalsozialistische Machtergreifung läßt sich zweierlei erkennen: Zum einen werden die Motive deutlich, die gerade auch viele Diakone zur Unterstützung Hitlers bewegten, nämlich die Hoffnung auf eine Überwindung der Krise durch die Zusammenfassung der vermeintlich 'gesunden Kräfte des Volkes', sowie der Wunsch nach der Durchsetzung einer christlichen Wertordnung im Staat bei gleichzeitiger Hinausdrängung christentumsfeindlicher Kräfte bzw. des politischen Katholizismus aus gesellschaftlichen Schlüsselpositionen. Zum anderen zeigt sich, wie erfolgreich die Nationalsozialisten bei ihren Bemühungen waren, besonders die demo-

8 DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 3, S. 43f.

kratiefernen Nichtwähler, von denen die Mehrheit im evangelisch-konservativen Milieu anzusiedeln ist, durch ihre Aufrufe zu nationaler Solidarität zu mobilisieren und zu politisieren.

Der Stimme von Bunke kam innerhalb des Diakonenverbandes sicherlich einiges Gewicht zu; letztlich kann man seinen Beitrag jedoch noch als eine private Meinungsäußerung einstufen. Schon bald aber sah sich auch die Verbandsführung zu einer offiziellen Stellungnahme zur 'nationalen Erhebung' herausgefordert. Anfang April schlug Weigt dem Verbandsvorsitzenden Büchsel vor, in der nächsten Ausgabe des Diakonenblattes eine Erklärung des Vorstands abzdrukken, in der der DDV seine freudige Zustimmung zur nationalen Regierung und den Willen zur Mitarbeit zum Ausdruck bringen sollte. Angesichts der Tatsache, daß solche Erklärungen derzeit von allen großen Verbänden gegeben würden, tue man gut daran, baldmöglichst eine eigene loszulassen, bevor man staatlicherseits zu solch einer Treuekundgebung aufgefordert werde. Man brauche sie ja nicht gleich feierlich der Regierung überreichen; das würde nur den Eindruck erwecken, als ob man unbedingt den Anschluß suche. Und das, so Weigt weiter, habe die Männliche Diakonie doch gar nicht nötig, denn "[f]ür uns alle ist doch eigentlich die nationale Wendung eine lang ersehnte Tatsache, über die wir in unseren Kreisen nicht erst lange zu reden und Erklärungen abzugeben haben".⁹ Daraufhin erschien auf der Titelseite des Mai-Diakonenblattes eine von Weigt verfaßte und von den Mitgliedern des Engeren Vorstandes abgesegnete Erklärung "Zur Lage", in der die "aus tiefsten nationalen Kräften hervorbrechende Wiedererweckung" des deutschen Volkes begrüßt wird. Mit der Weimarer Republik rechnete Weigt ganz in der Diktion der Nationalsozialisten ab: "Die undeutsche und widerchristliche Epoche des Marxismus ist vergangen. Sie hat unsere Arbeit mannigfach gehemmt und gelähmt, ja oft bekämpft." - der einzige Satz der Erklärung, der bei den Brüdern vereinzelt auf Kritik stieß.¹⁰

9 Schreiben Weigt an Büchsel, Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin (ADW), Bestand Deutsche Diakonenschaft (DD), Nr. 45.

10 So wandte sich der Vertreter der Betheler Diakonenanstalt Nazareth im Engeren Vorstand, Bünemann, in einem Schreiben an Weigt vom 15.4. gegen den scharfen Ton und betonte, man solle "auch nicht das Gute vergessen, das wir von dieser Regierung empfangen durften". Weigt hingegen verteidigte

Allseitige Zustimmung fand hingegen der weitaus größte Teil der Verlautbarung. In ihm brachte Weigt die Erwartung zum Ausdruck, daß die neue Führung die Entfaltung der Freien Wohlfahrtspflege fördern und die Diakone zur Mitarbeit heranziehen möge. Denn die Volkwerdung, die Deutschland gegenwärtig erlebe, benötige für ihre Vollendung nicht bloß nationalen Schwung, sondern auch religiöse Tiefe. Und gerade hier sehe die Männliche Diakonie für sich die Aufgabe, "die Macht des Evangeliums und die aus ihm strömenden Kräfte heiliger Liebe in die nationale Bewegung hineinzutragen."

Das Bedürfnis zu diesem Bekenntnis zum nationalen Staat entsprang zweifellos einem Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf die Möglichkeit einer aktiven Mitgestaltung der gesellschaftlichen Zukunft; dies äußert sich besonders in dem uns heute illusionär anmutenden Anspruch, die nationale Bewegung im christlichen Sinn beeinflussen zu können. Die Erklärung 'Zur Lage' war aber auch eine Antwort auf die einsetzenden Gleichschaltungsaktionen der NSDAP, die ausgehend vom Staat nun auch die gesellschaftlichen Verbände und Vereine erreichten und den DDV in seinem Bestand zu bedrohen schienen. Hatten die Diakone bei den Gewaltaktionen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten noch meinen können, im neuen Reich werde nur mit den Gegnern aufgeräumt, so mußte spätestens die Gleichschaltung der Gewerkschaften und Standesorganisationen auf die DDV-Führung alarmierend wirken. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die am 10. Mai, nur wenige Tage nach der erzwungenen Auflösung der Freien Gewerkschaften, gegründet wurde, erhob unüberhörbar den Anspruch, die berufsständische Organisation "aller schaffenden Deutschen", also auch der Diakone, zu sein. Schon am 19. Mai bestellte die DAF die Vertreter aller Berufsverbände im Sozialbereich zu sich, um ihnen den Auflösungsbefehl zu präsentieren; der DDV wurde nur deshalb nicht vorgeladen, weil man ihn aufgrund seiner Satzungen als reinen

ihm gegenüber am 4.5. seine Formulierung: Daß "eine undeutsche, widerchristliche Epoche zu Ende gegangen sei, "muß man doch zugeben, auch wenn man nicht gerade überzeugter Nationalsozialist ist. (...) Anderen Brüdern ist [die Erklärung] viel zu pflaumenweich und nichtssagend." ADW/DD 69.

Gesinnungsverband ohne gewerkschaftliche Funktion einstufte.¹¹ Auf diese Weise wurde die Gleichschaltung durch Zwangsauflösung vorerst vermieden, allerdings nur unter der Bedingung, daß sich alle Diakone als Einzelpersonen der DAF anzuschließen hatten, ein Vorgang, der schon im Sommer weitgehend abgeschlossen war.¹²

Sehr wertvoll sollte es sich für den Diakonenverband erweisen, daß die zuständige Fachschaft der DAF ihm im Juli auch schriftlich bescheinigte, daß an eine Auflösung nicht gedacht sei.¹³ Damit ließen sich auch alle Vorstöße abwehren, die den Verband von innen her in seinem Bestand bedrohten. Einige nationalsozialistische Diakone hatten schon am 5. Mai in Dortmund eine NS-Verbandszelle gegründet, deren Ziel es war, an die Stelle der DDV-Bezirksgruppe im Ruhrgebiet zu treten, um von dort aus den gesamten Diakonenverband von unten nach oben im nationalsozialistischen Sinn umzuformen.¹⁴ Diese Aktion endete zwar angesichts des Widerstandes der konservativen Diakone an der Basis im Laufe des Monats Juni mit einem Fehlschlag, sie zeigte aber an, daß mit politischem Druck der Nationalsozialisten von unten her jederzeit zu rechnen war.

Zur selben Zeit setzte aber auch der äußere Druck auf die Verbandsleitung wieder ein; er kam nun aus dem kirchlichen Raum, wo sich inzwischen die 'Deutschen Christen' zur Machtübernahme anschickten. Hier war Ende Juni der Sozialreferent der Deutschen Christen, Karl Themel, mit der kommissarischen Leitung

11 Schreiben Weigt an Wolff v. 23.5.1933, ADW/DD 279.

12 Bis Anfang Juli waren 3.600 Diakone bei der DAF angemeldet - ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz, der von Weigt in einem Schreiben an Wolff v. 11.7.1933 so kommentiert wird: "Diese schnelle Bereitwilligkeit hat übrigens in der Deutschen Arbeitsfront Eindruck gemacht und uns dort Freunde eingetragen." A.a.O. Beim Diakonentag überbrachte dann der für die DAF tätige Diakon Wosenitz im Namen des zuständigen DAF-Verbandes den Dank für die 100%ige Eingliederung in die Arbeitsfront., s. DDBl Jg. 20 (1933) Nr. 11, S. 175.

13 Schreiben Weigt an Bünemann v. 14.7.1933, ADW/DD 69; veröffentlicht im DDBl Jg. 20 (1933) Nr. 8, S. 118. - Bei der für den DDV zuständigen DAF-Gruppe handelte es sich bis 1935 um den Deutschen Büro- und Behördenangestelltenverband (DBV); nach der Umstrukturierung der DAF wurden die Diakone dann der Fachschaft 13 "Freie Berufe" zugeordnet.

14 Über diese Vorgänge informiert der Schriftwechsel vom Mai/Juni 1933 in ADW/DD 168; die Ziele der NS-Verbandszelle

des Centralausschusses für Innere Mission betraut worden. Themel brachte feste Vorstellungen von einer radikalen Neuordnung der Inneren Mission mit, die auf eine strenge institutionelle Durchgliederung aller angeschlossenen Einrichtungen nach dem Führerprinzip zielten.¹⁵ Weigt stand zwar schon seit März offiziell in Kontakt mit den Deutschen Christen, er mußte allerdings bald erkennen, daß Themel starke Vorbehalte gegen die Verbandsführung des DDV hatte, da ihm deren politische Zuverlässigkeit nicht gesichert schien.¹⁶ Zur Ausschaltung von Büchsel und Weigt hatte Themel offenbar vor, seine diktatorischen Befugnisse als Staatskommissar dazu zu nutzen, seinerseits Kommissare für den Diakonenverband einzusetzen. Dieser Plan gelangte nur deshalb nicht zur Ausführung, weil Themel schon bald wieder aus seinem Amt abberufen wurde. So war auch dieser Vorstoß, von dem der DDV erst später erfuhr, nicht an sein Ziel gelangt.¹⁷

Doch auch nach seiner Abberufung als Kommissar behielt der DC-Sozialpfarrer eine Schlüsselstellung im Centralausschuß, und es konnte nur eine Frage der Zeit sein, bis er im Zuge der dort eingeleiteten Umstrukturierungen wieder die Führung der Inneren Mission übernehmen würde, zumal die Deutschen Christen bei den Kirchenwahlen im Juli einen überlegenen Sieg errungen hatten. In dieser Situation kam es Themel entgegen, daß sich schon mehrmals einzelne ungeduldige Diakone aus verschiedenen Teilen Deutschlands an ihn gewandt und mit Eingaben bestürmt hatten, in denen sie den Umbau des Diakonenverbandes im Sinne des Dritten Reiches forderten. Die besagten Diakone, von Themel selbst als "Meckerfritzen" bezeichnet, kamen im August in Berlin zu einer Konferenz zusammen, wo Themel sie beauftragte, zusammen mit Weigt Vorschläge zur Neugestaltung des DDV zu erarbeiten und ihm diese innerhalb von 8 Stunden vorzulegen. Die

sind niedergelegt in einem Schreiben des Mitinitiators Titgemeyer an Weigt v. 22.5.1933, a.a.O.

15 Näheres dazu bei Kaiser, Sozialer Protestantismus, S. 252 - 279.

16 Die offiziellen Kontakte beginnen mit einem Schreiben Weigts an die Reichsleitung DC v. 28.3.1933, ADW/DD 611. Zu den Bedenken Themels gegen Weigt s. Schreiben Weigt an Büchsel v. 12.7.1933, ADW/DD 45.

17 Über Themels Gleichschaltungsplan berichtete Büchsel in einem Schreiben an den Nazareth-Vorsteher Tegtmeyer v. 25.7.1933, Archiv Nazareth, Akte "BVK".

Ergebnisse dieser Konferenz nehmen bis in die Details die entsprechenden Beschlüsse des Diakonentages vorweg: Gefordert wurden die Änderung des Verbandsnamens, die Führung des Verbandes durch einen Diakon und die Ersetzung des Engeren Vorstandes durch einen vom Führer zu berufenden Führerrat, der sich aus 4 Diakonen und 2 Brüderhausvorstehern zusammensetzen sollte.¹⁸

Diese erstmalige Formulierung konkreter nationalsozialistischer Forderungen löste bei den meisten Vorstehern Bestürzung aus, auch wenn Weigt sich bemühte, die Bedeutung der Konferenz herunterzuspielen. Der Vorsitzende von DDV und Vorsteherkonferenz, Büchsel, stellte ganz zu recht, aber immer noch ungläubig fest, daß solche Pläne die gesamte gewachsene Struktur der Männlichen Diakonie auf den Kopf stellen würden: "Bisher sind wir Vorsteher die 'Führer' unserer Bruderschaften gewesen. Wenn aber nun der gesamte DDV im Sinne der NSDAP einen Führer bekommt, wem sind dann unsere Brüder zu gehorchen verpflichtet? Niemand kann 2 Herren dienen." Im Übrigen wies Büchsel erneut darauf hin, daß es den NS-Diakonen ja nicht nur um eine bloße Satzungsänderung, sondern vor allem auch um einen Austausch der DDV-Führung ging, in der sich die Nationalsozialisten nicht angemessen vertreten fühlten.¹⁹ So sollte der Leiter der Hannoverschen Diakonenanstalt Stephansstift, Wolff, seinen Sitz im Engeren Vorstand räumen zugunsten des Berliner Johannesstifts-Vorstehers Philipps, von dem man wußte, daß er schon im Frühjahr in die Partei eingetreten war; der Widerstand gegen Wolff legte sich erst, als seine Mitgliedschaft

18 Die abberufenen Kommissare Themel und Schirmacher wurden vom wiedereingesetzten CA in eine Satzungskommission berufen, die die Gleichschaltung der IM vorbereiten sollte; Kaiser, Sozialer Protestantismus, S. 265. - Über die von ihm so genannte "Meckerkonferenz" berichtete Büchsel in einem vertraulichen Rundschreiben an alle Brüderhausvorsteher v. 26.8.1933, Archiv der Diakonenanstalt Karlshöhe, Ludwigsburg, Akte "DDV: Rundschreiben".

19 Ebd.: "Die Sache wird vielleicht ruhig verlaufen, so lange ein so besonnener und zuverlässiger Mann wie Bruder Weigt die Führung hat. Aber wer garantiert, daß Bruder Weigt Führer bleibt? Wir wissen, daß in der Bruderschaft sich allerlei Stimmungen gegen ihn erhoben haben." - Weigt sah durch Büchsels Bericht über die Konferenz das labile Verhältnis zu Themel zusätzlich bedroht und äußerte sein Mißfallen in einem weiteren Rundschreiben v. 29.8.1933, a.a.O., sowie in einem Brief an Büchsel vom selben Tag, ADW/DD 45.

bei den Deutschen Christen bekannt wurde. Weigt selber war Anfang Juli den DC beigetreten, um - wie er sagte - "alles zu verhindern, was unserem DDV. schaden oder ihm zum Vorwurf gemacht werden könnte".²⁰

Angesichts des zunehmenden Drucks und des scheinbar uneingeschränkten Sieges der NSDAP im Staat und der DC in der Kirche erkannten immer mehr Brüderhausvorsteher, daß sie an zeitgemäßen Veränderungen im DDV nicht vorbeikamen. Zusammen mit Weigt verlegten sie sich auf die Entwicklung von Kompromißlösungen in der Satzungsfrage, um wenigstens die personelle Kontinuität an der Verbandsspitze zu wahren. Nachdem von den NS-Diakonen in fristgerechter Form Anträge auf Satzungsänderungen eingegangen waren, die sich allesamt auf der Linie der besagten Berliner Konferenz bewegten, versandte Weigt Ende August einen von ihm erarbeiteten Alternativvorschlag. Dieser sah die Umbenennung des Verbandes in "Deutscher Diakonenbund" und des Engeren Vorstands in "Führerrat" vor. Vorsitzender sollte auch künftig ein Brüderhausvorsteher sein, ihm zur Seite ein Diakon als 'Führer' stehen, der wiederum von den gewählten Vertretern der Bruderschaften 4 Brüder in den Führerrat berufen würde. Daß solche Pläne nur darauf abzielten, den radikaleren Brüdern den Wind aus den Segeln zu nehmen, macht eine Bemerkung deutlich, mit der Weigt seine Vorschläge gegenüber Philipps kommentierte: "An und für sich ist damit an der bisherigen Geschäftsführung kaum etwas geändert, nur daß das Kind einen anderen Namen gekriegt hat."²¹

Doch dieses allzu durchsichtige Manöver scheint die Situation nur zusätzlich verschärft zu haben. In den Tagen vor der Hamburger Zusammenkunft spitzte sich die Lage weiter zu. Am 1. September kündigte Wolff an, daß er sich für den geschlossenen Rücktritt des Engeren Vorstandes einsetzen werde, denn er sei überzeugt, "daß es in den vorwärts drängenden Kreisen des DDV.

20 Seinen Beitritt bei den DC teilte Weigt dem Brüderältesten der Diakonenanstalt Treysa, Menz, am 27.7.1933 mit, ADW/DD 215. Zur Rücknahme der Rücktrittsforderung an Wolff s. Schreiben Weigt an Wolff v. 30.8.1933, ADW/DD 279.

21 Die Vorschläge, die als solche noch keine ordnungsgemäßen Anträge darstellten, wurden am 28.8.1933 zusammen mit den Anträgen der NS-Diakone der offiziellen Einladung zur Ver-

nicht verstanden wird, wenn der engere Vorstand in der gegenwärtigen Zeit durch einfaches Sitzenbleiben auf seinen Vorstandssitzen den Eindruck hervorruft, als habe er für die Notwendigkeiten von Umänderungen kein Verständnis".²² Zwei Tage später war es wiederum Wolff, der Weigt vertraulich mitteilte, ihm sei zu Ohren gekommen, daß nicht nur geplant sei, einen Diakon zum Reichsführer der deutschen Diakone zu machen - womit er selbstverständlich einverstanden wäre - sondern es würden derzeit auch Kräfte gegen die Person Weigts mobil gemacht, weil dieser kein Parteigenosse sei. Dazu Wolff: "Ich halte es geradezu für katastrophal, wenn der Posten des Reichsführers der deutschen Diakonenschaft einem anderen als Ihnen übertragen werden würde. Deshalb bin ich entschlossen, mich mit aller Kraft für Sie als Führer einzusetzen."²³ Am 6. September zeigte sich dann auch Weigt erstmals ausdrücklich zur Übernahme der DDV-Führung bereit.²⁴

Auch sonst häuften sich die Zeichen, die für den Diakonentag starke Auseinandersetzungen befürchten ließen. In der provinzsächsischen Diakonenanstalt Neinstedt kämpfte Büchsel um seine Stellung als Brüderhausvorsteher, nachdem er einen seiner Diakone, der führendes Mitglied der Neinstedter NSDAP war, wegen dienstlicher Vergehen hatte verhaften lassen. Für verschiedene Vorsteher stand deshalb schon vor dem Hamburger Treffen fest, daß Büchsel als BVK- und DDV-Vorsitzender nicht mehr tragbar war; zumal er offen gegen die Deutschen Christen auftrat; tatsächlich wurde er auf der Brüderhausvorsteherkonferenz zu Beginn der Hamburger Tage von Philipps abgelöst.²⁵ Aus dem Stephansstift war zu hören, daß dort der Brüderrat durch einen von Nationalsozialisten beherrschten Führerrat ersetzt worden

treterversammlung beigelegt, ADW/DD 112. Weigts Brief an Philipps datiert vom 26.8.1933, ADW/DD 4.

22 Schreiben Wolff an Weigt v. 1.9.1933, ADW/DD 4. Wolff hatte sich schon am 27.7. gegenüber Weigt für den Rücktritt des gesamten Engeren Vorstandes ausgesprochen; damals allerdings im Zusammenhang mit der speziell an ihn gerichteten Rücktrittsforderung, ADW/DD 279.

23 Schreiben Wolff an Weigt v. 3.9.1933, ADW/DD 279.

24 Schreiben Weigt an Bünemann v. 6.9.1933, ADW/DD 69.

25 Aus einem Schreiben des Treysaer Vorstehers Happich an Weigt v. 4.9.1933 geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt schon die Nachfolgerfrage diskutiert wurde; dabei sprachen sich Happich und Wolff für Philipps aus, ADW/DD 215; ihre

sei.²⁶ Schließlich sah sich Weigt gezwungen, in der Septemberausgabe des Diakonenblattes einen Aufruf des Neinstedter Diakons Kosel abzdrukken, in dem alle Parteigenossen aufgefordert wurden, zum Diakonentag im Braunhemd zu erscheinen, denn es sollte, wie Kosel sagte, "in Hamburg auch äußerlich erkennbar sein, die deutschen Diakone stehen im dritten Reich".²⁷ Es schien, als ob der Graben zwischen jenen Brüdern, die das Überkommene bewahren wollten, und jenen, die im Namen des Nationalsozialismus eine radikale Neuordnung anstrebten, kaum noch zu überbrücken war. Die Möglichkeit eines Zerfalls des Diakonenverbandes war nicht von der Hand zu weisen. Der Vertreter der Karlshöher Brüderschaft, Ernst Friederich, sprach sicher vielen Diakonen aus dem Herzen, als er sagte: "Ich sehe mit Bangen auf die Hamburger Tage."²⁸

Den Festberichten vom 9. Deutschen Diakonentag ist kein Hinweis darauf zu entnehmen, daß es in Hamburg zu irgendwelchen Auseinandersetzungen gekommen wäre.²⁹ Ganz im Gegenteil: sie zeichnen ein Bild innerer Harmonie und äußerer Geschlossenheit. Zweifellos war ein solcher Eindruck nach außen gewollt; aber auch im internen Schriftverkehr findet sich keinerlei Notiz von nennenswerten Konflikten. Offenbar hatte die Inszenierung der Feierlichkeiten ihren Eindruck auf die Anwesenden nicht verfehlt, und so wurden sie selbst Teil jener Demonstration der Geschlossenheit Männlicher Diakonie, als die der Hamburger Diakonentag von vornherein geplant war.

Meinung setzte sich am 9.9. in Hamburg durch; s. Festbericht, S. 6.

26 Über die Vorgänge, die am 14.7.1933 zum geschlossenen Rücktritt des alten Brüderrates im Stephansstift geführt hatten, informiert die Akte "Brüderrat" im Archiv der Diakoniegemeinschaft Stephansstift, über die Verhandlungen des Führerrates unterrichtet die Akte "Neuordnung der Brüderschaft", ebd.

27 "Eingesandt!", in: DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 9, S. 152. - Vgl. auch: Otto Kosel: Wir Diakone und die Glaubensbewegung 'Deutsche Christen', in: DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 7, S. 107f. Im Gegensatz zur Notiz im September erschien Kosels Artikel vom Juli noch mit dem distanzierenden Hinweis, daß er nur die Meinung des Verfassers wiedergebe und eine Diskussion des Artikels nicht erwünscht sei.

28 Schreiben Friederich an Weigt v. 31.8.1933, ADW/DD 228.

Für das Zustandekommen der hier zu behandelnden Beschlüsse ist es nicht unwichtig, daß die außerordentliche Vertreterversammlung des DDV als Höhepunkt am Ende der Hamburger Tage stand, als die imponierenden Massenveranstaltungen schon stattgefunden hatten und die Grußworte und Prophezeiungen aus Staat und Kirche den Diakonen noch in den Ohren klangen. Dafür, daß das Erlebte auch in den Beschlüssen der 54 stimmberechtigten Bruderschaftsvertreter zum Ausdruck kam, sorgte allein schon die Anwesenheit von mehreren Hundert Gästen.

In der Frage der Satzungsänderung hatte die bisherige Verbandsführung schließlich doch darauf verzichtet, den von ihr erarbeiteten Kompromißvorschlag einzureichen. Es gelang ihr jedoch durch eine geschickte Regie, Weigt als Versammlungsleiter einzusetzen.³⁰ Dieser stellte nur einen der vier vorliegenden, einander ähnelnden Anträge zur Diskussion, von dem er behauptete, daß er der am weitesten gehende sei, worüber man allerdings geteilter Meinung sein konnte. In dem besagten Antrag wurde erstens das neue Führeramt ausdrücklich an die Person Weigts gebunden, während ein anderer Antrag zwischen Amt und Person unterschied; danach hätte also auch ein anderer zum Reichsführer bestellt werden können. Zum zweiten wurde die Anpassung der Satzungen an die neue Zeit nicht weiter detailliert, sie sollte vielmehr dem neuen Führer überlassen bleiben. Eine Ausnahme bildete der dritte und letzte Punkt, in dem es um den neuen Führerrat ging: Der Reichsführer sollte 4 Diakone hineinberufen, während die 2 in ihm vertretenen Brüderhausvorsteher von der BVK ernannt wurden, ein Recht, das ein anderer Antrag den Vorstehern nicht gewähren wollte. Eine Diskussion unterband Weigt, indem er sofort Philipps das Wort erteilte für eine Erklärung namens der Brüderhausvorsteherkonferenz, in welcher die BVK auf ihr Vorrecht, einen der ihren zum DDV-Vorsitzenden zu bestimmen, verzichtete und sich für Weigt als neuen Führer der Diakonenschaft aussprach. Ohne weitere

29 Zum Folgenden s. Festbericht, S. 31 - 46, und Protokoll der Vertreterversammlung, DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 11, S. 171 - 175.

30 Laut Satzung wurde der Diakonentag vom Verbandsvorsitzenden geleitet. Da Büchsel jedoch mit seinem Rücktritt vom Amt des BVK-Vorsitzenden auch den DDV-Vorsitz niedergelegt hatte und außerdem der Engere Vorstand noch vor der Sitzung

Aussprache wurde daraufhin Weigt als Reichsführer akklamiert und die Frage der Neugestaltung des Verbandes für erledigt erklärt.

Ob die Verabschiedung der kirchenpolitischen EntschlieÙung ebenso reibungslos über die Bühne ging, bleibt unklar. Über eine Diskussion wird im Protokoll nicht berichtet; da aber bloÙ von der Annahme der EntschlieÙung die Rede ist, während bei anderen wichtigen Beschlüssen fast immer betont wird, daÙ sie "mit großer Mehrheit" oder gar "einmütig" getroffen wurden, liegt die Vermutung nahe, daÙ es bei dieser Entscheidung auch Enthaltungen, vielleicht sogar Gegenstimmen gab. Andererseits ist bekannt, daÙ Paul Tegtmeier, Vorsteher Nazareths und entschiedener Gegner der Deutschen Christen, gegen die Resolution keinen Einspruch erhob.³¹ Zum Inhalt der mit dem üblichen Pathos formulierten EntschlieÙung läÙt sich folgendes feststellen: Sie ist auf die "zum 9. Deutschen Diakonentage versammelten 1000 deutschen Diakone" beschränkt. Diese Anwesenden stellen sich geschlossen hinter die Reichsleitung der DC, und zwar, wie es heiÙt, "vorbehaltlos". Die noch abseits stehenden Diakone werden aufgefordert, der Bewegung "unverzüglich" beizutreten. Der zweite Teil der Erklärung ist davon bestimmt, daÙ sich die Diakone selbst als Teil des nationalsozialistischen Aufbruchs sehen und auch von den DC so gesehen werden wollen: sie bieten der im Werden begriffenen neuen Kirche ihre Mitarbeit an, wobei sie sich mit den DC einig wännen in dem gemeinsamen Ziel: der Schaffung einer alle evangelischen Deutschen umfassenden Volkskirche.³²

zurückgetreten war, fiel die Leitung der Sitzung an den Geschäftsführer.

31 Protokoll der Brüdererratssitzung v. 19.9.1933, Archiv Nazareth, Brüderratsprotokolle Bd. 9.

32 Der genaue Wortlaut der EntschlieÙung war: "Die an der Geburtsstätte des erneuerten Diakonenamtes, dem Rauhen Hause, zum 9. Deutschen Diakonentage versammelten 1000 deutschen Diakone versichern der Reichsleitung der 'Deutschen Christen' ihre Treue und stellen sich geschlossen und vorbehaltlos hinter ihre Führung. Sie erwarten, daÙ diejenigen Diakone, die sich dieser Bewegung noch nicht angeschlossen haben, ihren organisatorischen Beitritt unverzüglich erklären.

Wir begrüÙen den nationalsozialistischen Aufbruch unseres Volkes als eine Gnade Gottes und nehmen mit unserem ganzen

Soviel zu Entstehung und Inhalt der Hamburger Beschlüsse. Welches aber waren die Motive, die hinter ihrer Verabschiedung standen? Aus den zu Beginn geschilderten Voraussetzungen, unter denen der Diakonentag stattfand, erwuchs sicherlich bei vielen Teilnehmern die Sorge, durch einen eventuellen Widerspruch könnte der Bestand des Diakonenverbandes gefährdet oder zumindest eine Handhabe eröffnet werden für weitaus gravierendere Eingriffe in dessen Selbständigkeit. Aber der zweifellos vorhandene Gleichschaltungsdruck stellt nur einen Teil der Erklärung dar. Wollte man sich auf eine solche Deutung beschränken, wäre man den Motiven der Antragsteller noch kein Stück näher gekommen. Man würde außerdem verkennen, daß es nicht wenige Diakone gab, die den Inhalten der Beschlüsse innerlich voll zustimmten, obwohl sie stärkste Vorbehalte gegen die Radikalität der Antragsteller hegten.

Von allen Beschlüssen bereitete das Problem der Namensänderung den Brüdern noch am wenigsten Kopfzerbrechen, was sich nicht zuletzt daran zeigt, daß die Bezeichnung "Deutsche Diakonschaft" auch nach 1945 beibehalten wurde.³³ Änderungen dieser Art kamen damals häufiger vor; so hieß beispielsweise der 'Deutsche Stenographenverband' seit 1933 'Deutsche Stenographenschaft', wobei diese Organisation noch einen Schritt weiter ging und das Hakenkreuz in ihr Vereinselement integriert.³⁴ Das Anstößige an dem Begriff 'Verband' wurde in einem der Anträge ausdrücklich genannt. Dort hieß es, der alte Name müsse deshalb beseitigt werden, "weil er nach Gewerkschaft klingt". Dieses Argument sollte nicht in der Richtung

Sein, Denken, Fühlen und Wollen daran teil, hoffend, daß nun Volk und Kirche eine lebendige Gemeinschaft werde. Wir bieten der Kirche erneut, wie einst Wichern schon, unseren Dienst an, um im notwendigen Helferdienst am Leben mitzuwirken, daß endlich die deutsche evangelische Volkskirche des Dritten Reiches werde, in der alle evangelischen Deutschen Heimatrecht finden." Festbericht, S. 44f.

33 Die mit dem Begriff "Verband" assoziierten Befürchtungen waren sicherlich auch Ende der 40er Jahre noch virulent. Hingegen kamen die DDR-Diakone bei der Gründung einer eigenen Organisation auf den Namen "Diakonenverband" zurück, und auch die im Mai 1991 verabschiedete neue Satzung sieht den Verbandsbegriff für die bei der Zusammenführung von Ost und West entstehende Organisation vor.

34 Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt: Deutschland 1933 - 1945 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 5), Berlin 1986, S. 299.

mißverstanden werden, als hätten die Antragsteller etwas gegen die Interessenvertretung der Diakone durch den DDV einzuwenden gehabt; schließlich wollten sie ja gleichzeitig die völlige Selbstverwaltung der Diakonenschaft unter der Führung eines Diakons durchsetzen. Der Begriff 'Verband' weckte vielmehr deshalb Assoziationen zu 'Gewerkschaft', weil in ihm die Vorstellung von paritätischer Vertretung, Abstimmungen und Parteikämpfen mitschwang. Indem man ihn durch 'Diakonenschaft' ersetzte, machte man dagegen seinen Willen zur Abkehr vom parlamentarischen Prinzip deutlich, und darin stimmte die Mehrheit der Diakone überein.

Von daher sollte man annehmen, daß das in Hamburg eingeführte Führerprinzip ebenfalls bei den meisten Anwesenden Zustimmung fand. Tatsächlich brauchte man kein überzeugter Nationalsozialist zu sein, um einen autoritativen oder gar autoritären Führungsstil gutheißen zu können, zumal fast alle Diakone einen solchen von ihren Brüderhausvorstehern gewöhnt waren. Es gab darum im Umfeld des Diakonentages auch keine weiteren Erörterungen über diese Frage - ob die Mitglieder des Führerrates durch den Vorstand gewählt oder vom Führer berufen werden sollten, schien eher ein zweitrangiges Problem zu sein. Dabei gingen die Beteiligten allerdings davon aus, daß der Führer eine verantwortungsvolle Persönlichkeit sein mußte, die allseits Vertrauen genoß und ihr Amt nicht in diktatorischer Weise mißbrauchte. Daß auch Weigt seine Stellung in dieser Weise verstanden sehen wollte, äußert sich in den Worten, die er nach seiner Berufung zum Reichsführer an die Versammlung richtete:³⁵

"Ich fühle als Führer schwere Verantwortung und weiß, daß der Herr tragen helfen wird. Ich fordere Gefolgschaft von Euch, auch wenn es einmal schwer sein sollte. Liebe Brüder! Helft mittragen, steht in treuer Fürbitte hinter mir."

Was hier beschrieben wird, ist allerdings nicht das nationalsozialistische Führerprinzip. In derselben Weise, wie die deutschnationalen Diakone den Zwangscharakter des NS-Regimes verkannten, mißdeuteten sie auch dessen Begriff von Führerschaft. Es war dann schließlich die Praxis, die zu Konflikten

führte und Diskussionen über Sinn und Rechtmäßigkeit des Führerprinzips innerhalb der Diakonenschaft auslöste. Aufgrund der Gruppenbildung, zu der es im Laufe des Kirchenkampfes in der Männlichen Diakonie kam, konnte es eine Person des allseitigen Vertrauens auf Dauer nicht mehr geben. Weigts Versuch, es möglichst allen recht zu machen, um wenigstens in seiner Person die Geschlossenheit der Diakonenschaft zu erhalten, mußte bei zunehmender Polarisierung mißlingen. Es sollte sich zeigen, daß das Führerprinzip innerhalb der Deutschen Diakonenschaft nicht durchführbar war.

In engstem Zusammenhang mit der Problematik des Führerprinzips steht die Frage, ob ein Brüderhausvorsteher oder ein Diakon an der Spitze des Diakonenverbandes stehen sollte. Die Diskussion darüber begleitet die Geschichte des DDV seit dessen Gründung im Jahre 1913; sie reicht bis in die Nachkriegszeit, als mit der Wahl des Karlshöher Diakons Ernst Friederich zum Verbandsvorsitzenden die 1933 eingeleitete Entwicklung unumkehrbar gemacht wurde. 'Selbstverwaltung oder geistliche Führung' lauten, auf den Punkt gebracht, die Alternativen in dieser Diskussion, die wiederum eingebettet ist in einen übergreifenden Konflikt, der in der Struktur der Männlichen Diakonie angelegt ist, nämlich in den Gegensatz zwischen den Autoritätsansprüchen der theologisch kompetenten Vorsteher und den Emanzipationsbestrebungen der eigenverantwortlich tätigen Diakone. 'Geistliche Führung' wurde seit Wichern in den Diakonenanstalten praktiziert; sie zeichnete sich aus durch ein direktes Abhängigkeitsverhältnis jedes einzelnen Diakons gegenüber seinem Vorsteher, der ihm Vorgesetzter, Seelsorger und Interessenvertreter in einem war, und fand ihren deutlichsten Ausdruck im sogenannten Sendungsprinzip, demgemäß die Diakone sich ihre Arbeitsstellen nicht selbst wählten, sondern vom Vorsteher in diese entsandt wurden. Das daraus resultierende Verlangen nach Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten, das im Brüderhaus nicht befriedigt werden konnte, hatte im Jahre 1913 überhaupt erst zur Gründung des Diakonenverbandes geführt. Anfänglich war an eine freiwillige Vereinigung interessierter Diakone ohne Beteiligung der Vorsteher gedacht worden. Daß diese in solchen Plänen eine Unterwanderung ihrer patriarchalischen

Stellung sahen, zeigt die Reaktion des Nazareth-Vorstehers Kuhlo, der gegenüber den Verbandsgründern äußerte:³⁶

"Wie die Kinder nicht Entschließungen treffen, ohne den Vater zu fragen, so die Brüder nicht ohne den Vorsteher."

Mit Unterstützung vieler Diakone, die einen Konflikt mit ihren Leitern vermeiden wollten, setzten die Vorsteher daraufhin eine Satzung für den DDV durch, die den geschlossenen Beitritt der Bruderschaften und die Leitung durch einen Brüderhausvorsteher vorsah - ein Ergebnis, das von den Gründern als deutliche Niederlage empfunden wurde. Während der folgenden 20 Jahre hielten sich beide hier zu beobachtenden Stimmungen in den Bruderschaften, wobei jene Brüder die Oberhand behielten, die zwar auch nicht ungern einen Diakon an der Verbandsspitze gesehen hätten, aber das vermeintlich harmonische Verhältnis zu ihren Vorstehern nicht gefährden wollten und alle Bestrebungen in Richtung völliger Selbstverwaltung als 'Revoluzzertum' ablehnten.

Von hier aus betrachtet erscheint die Entscheidung von Hamburg, mit Weigt einen Diakon an die Spitze des Verbandes zu stellen, in einem neuen Licht: Erstmals war eine Situation gegeben, in der ein solcher Wechsel auch ohne folgenreiche Konflikte möglich schien. Die nationale Revolution war da, und die Vorsteher stimmten ihr öffentlich zu, der nationalsozialistische Staat forderte die Selbstverwaltung und lehnte gleichzeitig die 'verderblichen Gewerkschaftsbestrebungen' ab. Eine Neubesetzung des Amtes war sowieso fällig, da der bisherige Vorsitzende Büchsel zum Rücktritt genötigt worden war. Bei dieser Lage der Dinge konnten auch die konservativ-gemäßigten Diakone den Anträgen jener Brüder zustimmen, für die der nationalsozialistische Umbruch eine Möglichkeit darstellte, ihre langgehegten Emanzipationsbestrebungen erfolgreich in die Tat umzusetzen.

Es ist schließlich noch nach den Motiven zu fragen, die die Teilnehmer des Diakonentages zur Verabschiedung jener verhäng-

36 Diskussionsbeitrag Kuhlos auf einer Besprechung von Vorstehern mit Vertretern des 'Zentralverbandes für Berufsarbei-

nisvollen EntschlieÙung zugunsten der DC veranlaÙten. Die Grundhaltung, aus der heraus diese Zustimmung erfolgte, war in der Diakonenschaft schon vorhanden, als die Kirchenpartei der Deutschen Christen noch gar nicht existierte. Seit deren Gründung im Jahre 1932 war die enge Verbindung von DC und NSDAP für die meisten Diakone, soweit sie nicht selber bewußte Nationalsozialisten waren, eher ein Hinderungsgrund für eine zügigere Annäherung gewesen, denn politische Parteien hatten nach ihrer Meinung im kirchlichen Raum keinen Platz. Diese reservierte Haltung löste sich allerdings mit der zunehmenden Durchdringung der Gesellschaft durch den Nationalsozialismus immer mehr auf. Vielen Zielen der Deutschen Christen meinte man zustimmen zu können, besonders, nachdem diese im Mai 1933 in neue, gemäßigt erscheinende Richtlinien gefaÙt worden waren.³⁷ Die deutsche Reichskirche, für die die DC mit Vehemenz eintraten, hatte dort, wo sich die Innere Mission auf die Tradition Wicherns berief, viele Anhänger. Entscheidend für die Zustimmung der Diakonenschaft war aber die Betonung des volkskirchlichen Charakters der neuen Reichskirche, die die DC auch durch den Zusatz 'Glaubensbewegung' in ihrem Namen zum Ausdruck bringen wollten. Die Gemeindediakone, Volksmissionare, Jugendsekretäre und Wohlfahrtspfleger hatten im DDV maßgeblichen Einfluß, und besonders sie fühlten sich von der Propagierung einer "volksnahen Verkündung" und dem Willen zur Beseitigung alles Verstaubten und Formalistischen in der Kirche angesprochen. Wo von der Notwendigkeit einer Verbindung von Deutschtum und Kirche die Rede war, hörten sie den Aspekt der Bodenständigkeit heraus und ignorierten jene, die darunter einen "artgerechten Glauben" verstanden. "Wir sprechen die Sprache, die das Volk versteht", ist insofern auch der zentrale Satz in der Ansprache des designierten Reichsbischofs Müller auf dem Diakonentag. Das war es, was die Diakone hören wollten. Sie wollten sich davon überzeugen lassen, daß es nötig sei, alle Bedenken gegen das grobschlächtige SA-Gebaren

ter der Inneren Mission' in Berlin am 14.11.1912, ADW/DD 2.
 37 Zu den kirchenpolitischen Vorgängen im Mai s. Scholder, Bd. 1, Teil 2, Kap. 5.

vieler DCler zugunsten des höheren Ziels, der Schaffung der Volkskirche, fahren zu lassen.³⁸

Die bisher genannten Punkte - Durchsetzung der Reichskirche, volksmissionarische Bewegung und der Wille zu einer grundlegenden kirchlichen Reform - waren keine genuinen Merkmale der 'Glaubensbewegung Deutsche Christen'. Diese Forderungen hatten sich in den 20er Jahren entwickelt und waren seit 1930/31 offen diskutiert worden. Dementsprechend waren die reformfreudigen Kräfte im DDV auch keineswegs von vornherein auf die DC festgelegt. Den Ausschlag zu deren Gunsten gab letztlich die Tatsache, daß mit den Deutschen Christen erstmals eine kirchliche Gruppe nicht nur den Willen, sondern auch die Möglichkeit zu haben schien, diese Forderungen auch mit ganzer Konsequenz durchzusetzen. Zwischenzeitlich hatte es allerdings so ausgesehen, als könnte sich die Diakonenschaft auch für eine andere kirchenpolitische Gruppe entscheiden. Als sich im Mai als Gegenpol zu den Deutschen Christen die 'Jungreformatorische Bewegung' bildete, zu deren Gründern Walter Künneth, Hans Lilje und der ehemaligen Johannesstifts-Vorsteher Helmuth Schreiner gehörten, stellte sich Weigt mit seiner Unterschrift öffentlich hinter deren Richtlinien, die denen der DC an Dynamik, Reformfreudigkeit und Staatstreue um nichts nachstanden, wohl aber die Bekenntnisgrundlage der Kir-

38 So versuchte Weigt, die Vorbehalte des DDV-Kassenwarts Bünemann (Nazareth) in einem Brief am 6.9.1933 folgendermaßen auszuräumen: "Dir persönlich möchte ich dringend zum Beitritt raten. Wir werden einfach ausgeschaltet und als verkalkt angesehen, wenn wir uns nicht beteiligen. (...) Ich habe mich auch erst an den etwas rauhen, aber herzlichen Ton in der Fraktionssitzung auf der Synode gewöhnen müssen. Andererseits hat Landesbischof Müller aber mehr als einmal stark betont, daß ihm an nichts mehr liegt, als daß das reine, lautere Evangelium dem braunen Mann von heute in der für ihn verständlichen Form verkündigt wird. Da müssen wir mitmachen, denn das ist unser aller Herzensanliegen." ADW/DD 69. Weigt war als offizieller Vertreter für Männliche Diakonie auf der ('braunen') Preuß. Generalsynode in der Fraktion der DC, s. ADW/DD 586. - Die Darstellung des Festberichts, S. 34, nach der die Diakone Müllers Rede mit "wiederholtem Beifall" aufnahmen, erscheint glaubwürdig. Anders die Einschätzung von Martin Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission, Gütersloh 1948, Bd. 2, S. 353, wonach Müller "in Hamburg auch seine gutgläubigsten Anhänger mit seiner flachen Ansprache maßlos enttäuschte".

che betonten.³⁹ Kurz darauf wurde Fritz v. Bodelschwingh mit Unterstützung der Jungreformatoren zum Reichsbischof gewählt, woraufhin ihm der DDV eine Gruß- und Ergebenheitsadresse sandte, die bis in den Wortlaut jenem Schreiben gleicht, die Weigt einige Monate später an Müller schickte.⁴⁰ Andere Optionen wären also möglich gewesen. Aber Bodelschwingh sah sich schon im Juni zum Rücktritt gezwungen, und die Jungreformatorsche Bewegung unterlag in den Kirchenwahlen vom 23. Juli den DC, denen die Unterstützung von Staat und Partei zum Sieg verhalf.

Von nun an waren die Deutschen Christen die alles beherrschende Kraft in der Evangelischen Kirche, auf die sich auch die Hoffnungen der Männlichen Diakonie richteten. Dazu gehörte auch die Erwartung, daß die DC die beruflichen Interessen der Diakone in der erneuerten Kirche kraftvoll vertreten würden. Anzeichen für eine solche Förderung der Männlichen Diakonie gab es genug. In ihrer für den Nationalsozialismus typischen Ablehnung der akademischen Theologie galten die Deutschen Christen als entschiedene Befürworter einer stärkeren Betonung des Laienelementes in der Kirche, was den Diakonen zugute kommen mußte.⁴¹ Aber es wurden auch konkrete Signale ausgesandt: So hatte Weigt dem mit der Ausarbeitung der Reichskirchenverfassung beauftragten Ausschuß sofort nach dessen erster Sitzung eine Denkschrift übergeben, in dem die alte Forderung nach gesetzlicher Anerkennung des Diakonats als kirchlichem Amt erneut ausgesprochen wurde. Da ähnliche Forderungen in früheren Zeiten oft genug unbeantwortet geblieben waren, erschien es geradezu sensationell, daß beim DDV schon einen Tag nach der Eingabe eine Antwort aus dem Büro Ludwig Müllers eintraf, in der mitgeteilt wurde, "daß selbstverständlich bei der Neubildung der Verfassung die Diakonen-Arbeit und ihre organische Eingliederung in den Gemeinde-Aufbau stärkste Berücksich-

39 Schreiben Weigt an Künneth v. 20.5.1933, ADW/DD 611. - Mit seiner Zustimmung verbindet Weigt die (unrealistische) Hoffnung, es möge zur Bildung einer evangelischen volkskirchlichen Einheitsfront kommen.

40 Beide Grußadressen als Manuskript (o.D.) in ADW/DD 586.

41 Die Erwartung einer zukünftigen stärkeren Betonung der Laienarbeit kommt deutlich in der Erklärung "Zur Lage" zum Ausdruck, DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 5, S. 65.

tigung erfährt".⁴² Daß solche Versprechungen, die nichts kosteten, aber viel einbrachten, zur Technik der nationalsozialistischen Machteroberung gehörten und daß an eine Erfüllung nicht gedacht war, erkannten die Diakone erst, als sie sich schon ganz mit den Deutschen Christen eingelassen hatten. Ähnlich erging es ihnen in bezug auf die Arbeitsmöglichkeiten, die im Zusammenhang mit der Volksmission in Aussicht gestellt worden waren. Um den Eindruck zu erwecken, daß es ihnen nicht nur um die innerkirchliche Macht ging, hatten die DC für den Herbst 1933, also im Anschluß an die Gründung der Reichskirche, eine großangelegte volksmissionarische Aktion angekündigt, für die sie schon im Sommer unverbindlich nach Helfern Ausschau hielten, zuerst natürlich unter den dafür geschulten Diakonen.⁴³ Für den optimistischen Zeitgenossen innerhalb der Diakonenschaft schien sich eine Fülle von Arbeitsplätzen durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen Christen zu eröffnen.

Zieht man alle genannten Gesichtspunkte in Betracht, erklärt sich auch, warum die Hamburger Entschließung neben dem Aufruf zum möglichst geschlossenen Beitritt aller Brüder auch das inhaltliche Ziel der Volksmission hervorhob und die Bereitschaft zur Mitarbeit deutlich bekundete: die Deutsche Diakonenschaft wollte das Vertrauen der Reichsleitung der Deutschen Christen in ihre Zuverlässigkeit gewinnen und die Diakone als die gegebenen Arbeitskräfte für den missionarischen Dienst am deutschen Volk herausstellen.

Die Beschlüsse des Hamburger Diakonentages von 1933 waren für die Entwicklung der Deutschen Diakonenschaft bis zu ihrer Neuordnung Ende der 40er Jahre von entscheidender Bedeutung. Die bisherige Darstellung hat den Bereich der Folgen bisher ausgeklammert, um das Zustandekommen der Beschlüsse allein vor dem Hintergrund des politischen Drucks der Zeit und der bei den

42 Müller an DDV, 7.7.1933, abgedruckt in DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 8, S. 115.

43 Weigt bot Hossenfelder schon am 17.7. die Mitarbeit der Diakone ausdrücklich an; damals bezog er sich auch auf die große Anzahl der hauptamtlichen Volksmissionare unter den Diakonen, ADW/DD 611. Dasselbe Angebot richtete er auch an Müller, als er diesen am 22.8.1933 als neugewählten preußischen Landesbischof begrüßte, ADW/DD 586.

Beteiligten zugrundeliegenden Motive nachvollziehbar zu machen. Aber erst, wenn die beschriebenen Hoffnungen und Erwartungen mit den Resultaten der Hamburger Entscheidungen in Beziehung gesetzt werden, wird das ganze Ausmaß der Illusionen und politischen Fehleinschätzungen deutlich, welche damals die Lage beherrschten.

Die Euphorie des Diakonentages hielt noch eine Weile an. Am nüchternsten wurde noch die Neuordnung des Diakonenverbandes beurteilt, wobei sich beide Seiten anfangs zufrieden zeigten. In seinem ersten Rundschreiben an seine Amtsbrüder meinte der neue BVK-Vorsitzende Philipps:⁴⁴

"Ich habe den starken Eindruck, daß wir in Hamburg richtig gehandelt haben. Der großzügige Verzicht der Konferenz auf den Vorsitz im Deutschen Diakonenverband hat doch sehr tief gewirkt und Opposition auf der anderen Seite den Wind aus den Segeln genommen."

Mit dieser Opposition waren die radikalen DCler gemeint, von denen der neue Reichsführer nur einen in seinen Führerrat berief, der von drei gemäßigten Deutschen Christen größtenteils neutralisiert wurde. Die Durchsetzung des Führerprinzips, die der Diakonentag Weigt überlassen hatte, kam nur sehr schleppend voran. Die Neufassung der Satzung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, da man zuerst den verfassungsrechtlichen Einbau der Innere Mission in die Reichskirche abwarten wollte, zu der es allerdings wegen des einsetzenden Kirchenstreites nie kam. Also führte Weigt die Diakonenschaft bis auf weiteres ohne entsprechende Satzung. Die Möglichkeiten und Grenzen des Führerprinzips zeigten sich bald anhand der Frage, ob der Reichsführer bis in die einzelnen Bruderschaften hineinregieren durfte. Weigt lehnte jeden Versuch der Gleichschaltung der einzelnen Bruderschaften ab und machte nur dann von seiner Führungsautorität Gebrauch, wenn es galt, einzelne Eigenmächtigkeiten, die in seinen Augen die Geschlossenheit der Diakonenschaft bedrohten, zu unterbinden. Sobald es sich dabei jedoch um Bekenntnisfragen handelte, wurde seine Autorität in der Regel nicht anerkannt. Das langfristige Ergebnis der Neuordnung von 1933 bestand in der organisatorischen Straffung

44 Rundschreiben Philipps an alle Brüderhausvorsteher v. 17.10.1933, Archiv Karlshöhe, Akte "BVK: Rundschreiben".

der Diakonenschaft. Das Schwergewicht im Bereich der Männlichen Diakonie begann sich von der BVK weg und zur DD hin zu verlagern. Besorgt über diesen Machtverlust, der auf Dauer auch Rückwirkungen auf die Einzelbrüderschaften haben konnte, bemühten sich die Vorsteher seit 1935, durch den Aufbau eines übergeordneten Gremiums, das DD und BVK umfassen sollte, wieder einen Pastor an die Spitze der Männlichen Diakonie zu setzen. Unter den Bedingungen des 'Dritten Reiches' gelang eine Entmachtung des Diakonenschafts-Führers jedoch nicht; dafür entbrannte die Diskussion über die 'geistliche Führung' nach Kriegsende umso heftiger.

Dramatischer verlief die Entwicklung, die sich an die Resolution zugunsten der DC anschloß. Nazareth-Vorsteher Tegtmeyer, der strikt gegen eine solche Entschließung war, sich aber angesichts der Atmosphäre auf dem Diakonentag und verschiedener DC-freundlicher Stimmungen innerhalb seiner eigenen Brüderschaft nicht in der Lage sah, gegen den drohenden Beschluß zu protestieren, hatte sich schon am Tag vor der Verabschiedung der Resolution intern zum Rücktritt als Brüderhausvorsteher bereit erklärt und war nur auf dringendes Zureden der Diakone zum Verbleiben im Amt zu bewegen.⁴⁵ Auch von dem schweizerischen reformierten Brüderhausvorsteher Bernoulli ist bekannt, daß er die Hamburger Beschlüsse in heftigster Form - aber ebenfalls nicht öffentlich - ablehnte und aufgrund seiner Erlebnisse den Kontakt zur DD schließlich ganz abbrach.⁴⁶ Unbeeindruckt von solchen Widerständen übersandte Weigt am Ende des Diakonentages die Resolution an die Reichsleitung der DC und bat um "Anweisungen für die Mobilmachung der deutschen Diakonenschaft für die Glaubensbewegung 'Deutsche Christen'", worauf er allerdings wiederum keine Antwort bekam.⁴⁷ Deutliche Zeichen von Ungeduld verrät dann schon die Formulierung, mit

45 Protokoll der Brüderratssitzung v. 19.9.1933, Archiv Nazareth, Brüderratsprotokolle Bd. 9.

46 Über Bernoullis Aussagen in Hamburg selbst berichtete als Augenzeuge der spätere Vorsteher des Rauhen Hauses, Pohn, in einem Interview mit den Verfassern von: Brüderschaft und 3. Reich. Studie eines Forschungsseminars der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonenanstalten des Rauhen Hauses, Hamburg 1981, S. 34. Die brieflichen Auseinandersetzungen zwischen Weigt und Bernoulli finden sich in ADW/DD 304.

der Weigt das Angebot zur Mitarbeit in der Grußadresse an den neugewählten Reichsbischof Müller erneuert: "Die Deutsche Diakonenschaft (...) gelobt treue Gefolgschaft (...) und wartet auf den Ruf zum Dienst."⁴⁸ Obwohl der erhoffte Ruf auch weiterhin ausblieb, versandte Weigt im Oktober an jeden deutschen Diakon eine Aufforderung zum Beitritt zu den Deutschen Christen mit beiliegender Anmeldekarte, auf der auch die individuelle Bereitschaft zu volksmissionarischer Tätigkeit erklärt werden konnte.⁴⁹ Die Resonanz war lebhaft: bis Mitte Dezember konnten 882 ausgefüllte Anmeldekarten an die Reichsleitung weitergeleitet werden, so daß bald 25% aller Diakone eingeschriebene Mitglieder waren.⁵⁰ Seit November trafen allerdings täglich ebenso viele Austrittserklärungen wie Anmeldungen ein und bald versiegte der Strom der Beitritte ganz. Die Ursache des Umschwungs lag in der Sportpalastkundgebung der Berliner DC vom 13. November, in der die Befreiung von der "jüdischen Lohnmoral" des Alten Testaments und der "Sündenbocktheologie des Rabbiners Paulus" gefordert worden war.⁵¹ Das war der Anlaß für die DD, eine schrittweise Abkehr von den Deutschen Christen einzuleiten. Sofort nach der Kundgebung sandte Weigt ein Protestschreiben an die Reichsleitung der DC, in der diese gemahnt wurden, nicht an den alten Glaubenssätzen zu rütteln.⁵² Am 7. Dezember veröffentlichte der Führerrat eine sogenannte "Klarstellung", die die Bedeutung der Hamburger Entschließung entscheidend relativierte. Darin wurde betont, daß das Angebot zur Mitarbeit nur für eine Kirche gelte, in der das "unverfälschte Evangelium" verkündet werde, und daß die Mitgliedschaft bei den DC Privatsache jedes einzelnen Diakons

47 Schreiben Weigt an Reichsleitung DC v. 16.9.1933, ADW/DD 611.

48 Schreiben Weigt an Reichsbischof Müller (o.D.), ADW/DD 586.

49 Gemeinsames Rundschreiben von Weigt und dem DC-Obmann für Männliche Diakonie, Tauchelt, ADW/DD 612.

50 Diese Zahl nannte Weigt in einem Gespräch mit dem Vorsteher der Hoffnungsthaler Anstalten, Paul Braune, Anfang Januar 1934; s. Schreiben Braune an Tegtmeyer v. 12.1.1934, Archiv Nazareth, Akte "DDV 1930 - 1933".

51 Vgl. Scholder, Bd.1, S. 702 - 705. - Die rücklaufenden Anmeldekarten und Begleitschreiben sowie Austrittserklärungen sind gesammelt in ADW/DD 611. - Viele spätere Bekenntnisfront-Aktivistinnen waren zuvor der Aufforderung zum Beitritt gefolgt. Der Essener Diakon Dippel etwa teilte seinen Austritt mit den Worten mit: "Ich bin aus dieser dämonischen

sei.⁵³ Ende Januar 1934 gaben Weigt und Philipps öffentlich ihren Austritt aus der Glaubensbewegung bekannt.⁵⁴ Den vorläufigen Schlußpunkt der Entwicklung setzte der Beitritt der Diakonenschaft zur "Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände", einer von Bodelschwingh geleiteten Interessenvertretung des Verbandsprotestantismus, die der gemäßigten Bekenntnisrichtung zuzurechnen ist.⁵⁵ Seit diesem Zeitpunkt bezeichnete sich die DD als kirchenpolitisch neutral; aber auch das bot keine Gewähr für die Beendigung des Kirchenkampfes innerhalb der Männlichen Diakonie, der bis zum Beginn des Krieges offen weitergeführt wurde. Ein Ende der durch die Hamburger EntschlieÙung ausgelösten Verwirrung brachte erst eine von Vorstehern und Diakonen gemeinsam verabschiedete "Treysaer Erklärung" im Jahre 1946.⁵⁶

Kehrt man zurück zum Ausgang dieser Überlegungen, so stellt sich die Frage, ob die Hamburger Beschlüsse den 9. Deutschen Diakonentag zu der geschichtlichen Wende werden lieÙen, von der Weigt in seinem Rückblick sprach. Es ist nicht zu bestrei-

Bewegung ausgetreten und arbeite künftig dagegen. Diese Bewegung vertritt eine Irrlehre." A.a.O.

52 A.a.O. Vgl. DDBl. Jg. 20 (1933) Nr. 12, S. 196.

53 Die Erklärung ist im Wortlaut abgedruckt in DDBl. Jg. 21 (1934) Nr. 1, S. 14.

54 Weigt veröffentlichte seinen Austritt im Diakonenblatt und wies darauf hin, daß er diesen Schritt als Einzelperson vollziehe, um der Führungsspitze der DD die kirchenpolitische Unabhängigkeit zu sichern. DDBl Jg. 21 (1934) Nr. 2, S. 39.

Braune kommentierte den Gesinnungswandel Weigts mit den Worten: "Er ist geheilt vom Hamburger Traum." Schreiben Braune an Tegtmeyer v. 12.1.1934, Archiv Nazareth, Akte "DDV 1930 - 1933".

55 Nicht nur die DD, sondern auch fast alle Diakonenanstalten traten der AG bei. Dabei kam Wolff, der auch einer der Mitbegründer der AG war, die entscheidende Rolle zu. S. Archiv Stephansstift 2559 u. 1077. - Zum Beitritt der DD s. DDBl. Jg. 21 (1934) Nr. 12, S. 245f.; dort ist auch die offizielle Deutung dieses Beitritts niedergelegt. - Zur Entstehung und Bedeutung der AG s. Jochen-Christoph Kaiser, Die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände 1934/35, in: Jb. f. westf. KG, Jg. 80 (1987), S. 197 - 205.

56 Die Treysaer Erklärung führte die Verirrungen des Kirchenkampfes auf einen Mangel an "geistliche Führung" durch die Vorsteher zurück und war somit ein Ausdruck des wiedergefundenen Selbstbewußtseins der Brüderhausleiter; sie ist abgedruckt bei Sutter, Materialien, S. 66 - 71.

ten, daß sie die Entwicklung der Männlichen Diakonie in den folgenden 14 Jahren maßgeblich mitbestimmt haben, auch wenn diese nicht in den Bahnen verlief, die man in jenen Septembertagen erhofft hatte:

Zu keiner Zeit vorher oder nachher trat die Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus so augenfällig in Erscheinung wie in Hamburg. In den Jahren zuvor hatte der Parteienstreit die traditionell pluralitätsfeindliche Männliche Diakonie in verfeindete Lager zu spalten gedroht, und in der Folgezeit sollten sich die Geister am Totalitätsanspruch von NS-Ideologie bzw. Evangelium scheiden; in diesen Septembertagen aber schien das klare Bekenntnis zum siegreichen Nationalsozialismus die Möglichkeit zu bieten, Einheit und Einigkeit der Diakonschaft endlich wiederherzustellen. Dabei war der Verbandsführung wohl bewußt, daß sie den DDV zu einem Objekt nationalsozialistischer Gleichschaltungspolitik machte, auch wenn sie sich die möglichen Konsequenzen nicht klar machte. Wenn aber schon andere das Drehbuch zur Hamburger Inszenierung schrieben, so wollte sie doch wenigstens die Regie führen und dafür sorgen, daß dieser Gleichschaltungsprozeß in geordneten Bahnen verlief. Vorsteher und Bruderschaftsvertreter gaben deshalb gegenüber den nationalsozialistischen Forderungen in entscheidenden Punkten nach und sicherten sich auf diese Weise auch in einem umgeformten Diakonenverband ihren Einfluß. Um die radikaleren Brüder in die Schranken weisen zu können, mußten sie allerdings ihr Defizit an nationalsozialistischer Gesinnung - schließlich stammte keiner der führenden Männer aus den Reihen der 'alten Kämpfer' - durch einen verstärkten Verbalradikalismus und vollmundige Gefolgschaftserklärungen wettmachen. Insofern handelte es sich bei den Ereignissen des Hamburger Diakonentages nur um eine teilweise Gleichschaltung, die aber vom Ergebnis auf den ersten Blick kein anderes Ergebnis als eine mögliche Machtübernahme durch NS-Diakone zeitigte. Der qualitative Unterschied, der sich aus dieser personellen Kontinuität ergab, wirkte sich erst später aus, als die im Kern unveränderte Führung der Männlichen Diakonie sich der gemäßigten Bekenntnisrichtung anschloß und auch weiterhin auf die Wahrung ihrer Unabhängigkeit vom Staat bedacht blieb.

Gerade weil das Hamburger Bekenntnis zum nationalen Staat so eindeutig gewesen war, wurden die dort gefällten Entscheidungen zum Bezugspunkt für die kommenden Auseinandersetzungen darüber, ob nationalsozialistisches Denken überhaupt einen Platz in der Männlichen Diakonie haben könne; eine Frage, die aufgrund der Erfahrungen mit der NS-Kirchenpolitik zunehmend verneint wurde. Die meisten der Hamburger Beschlüsse hatten deshalb keinen Bestand; sie wurden noch während des 'Dritten Reiches' innerlich ausgehöhlt und nach dem Krieg ausdrücklich verworfen. Allein die Entscheidung, einen Diakon an die Spitze des Diakonenverbandes zu stellen, war von Dauer, denn sie ging nicht auf nationalsozialistisches Gedankengut zurück; mit ihr wurde bloß ein paternalistisches Prinzip beseitigt, das selbst noch ein Relikt ständisch orientierten Denkens war.

Die Deutsche Diakonenschaft wurde allerdings in ihrem Verhältnis zum 'Dritten Reich' immer wieder an den Ereignissen des Hamburger Diakonentages gemessen und von ihnen her beurteilt - von den Gegnern der Hamburger Beschlüsse ebenso wie von deren Befürwortern. Trotz mehrfacher 'Richtigstellungen' im Verbandsblatt wurde Weigt in den kommenden Jahren von den Traditionsbewußten und Bekenntnistreuen wiederholt vorgeworfen, er habe in Hamburg die Diakonenschaft korporativ den DC angeschlossen und wolle nach dem Führerprinzip in die Entscheidungsbefugnisse der einzelnen Bruderschaften eingreifen. Auf der anderen Seite mahnten ihn die überzeugten Nationalsozialisten und Deutschen Christen angesichts seiner späteren Korrekturversuche immer wieder, nicht von dem 1933 festgelegten Kurs abzuweichen, sondern endlich für die konsequente Durchsetzung nationalsozialistischer Prinzipien innerhalb der Männlichen Diakonie zu sorgen. Hier zeigte sich, daß die in Hamburg inszenierte öffentliche Manifestation politischer Gefolgschaft weitaus wirksamer und weitreichender war als die eher halbherzigen und ängstlichen Versuche der Verbandsführung, durch eine allmähliche Aushöhlung der Hamburger Beschlüsse die eigene Handlungsfreiheit wiederzuerlangen - Versuche, die von dem Bemühen bestimmt waren, der eigenen, diakonischen Haltung treu zu bleiben, ohne die nationalsozialistischen Machthaber zu verärgern.

Die prägende Bedeutung des Hamburger Diakonentages für die Gesamtbeurteilung der Haltung der Männlichen Diakonie zum 'Dritten Reich' gilt besonders für die heutige Diskussion, in der fast ausschließlich Ereignisse der Jahre 1933/34 behandelt werden. Aber schon der Hinweis auf die sofort nach der Berliner Sportpalastkundgebung der Deutschen Christen einsetzende Austrittswelle macht deutlich, wie wichtig es ist, auch die weitere Entwicklung im Auge zu behalten und auf die weitaus differenziertere Haltung der Diakonenschaft in den Jahren danach zu achten. Dabei darf eine Betrachtung, der es um mehr geht als um die bloße Zurkenntnisnahme sich vermeintlich selbst auslegender vergangener Ereignisse, nie die Motive der handelnden Personen vernachlässigen. So scheint die Männliche Diakonie in ihrer Begeisterung für die DC, der eine ebenso massive Desillusionierung schon bald folgte, als kirchliche Gruppe keineswegs untypisch für diese frühe Phase des Kirchenkampfes zu sein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß viele Diakone nicht so sehr aus ideologisch-konfessionellen Gründen zu den Deutschen Christen fanden, sondern aufgrund von Hoffnungen, die sich aus ihren spezifischen Arbeitssituationen ergaben.

Die Deutsche Diakonenschaft schlug in Hamburg einen Weg ein, der sich auch in ihren eigenen Augen schon bald als eine Sackgasse erwies. Brüderhausvorsteher und Diakone haben 1933 "die Forderung der Stunde erkannt" und mit den Hamburger Beschlüssen diese Forderungen zu einem großen Teil auch erfüllt. Ihre Motive decken, je nach Standpunkt, ein weites Spektrum ab von blindem Glauben und ehrlicher Überzeugung bis hin zu kühler Kalkulation und blanker Resignation. Gemeinsam ist ihnen, daß sie sich dem machtvollen Ansturm der Nationalsozialisten, die mit ihrer Doppelstrategie aus Verführung und Gewalt ihre Reihen sprengten,⁵⁷ nicht gewachsen zeigten.

57 So der Buchtitel von Thamer, Verführung und Gewalt; dort v.a. S. 231 - 336.

THESEN ZUR GLEICHSCHALTUNG DER MÄNNLICHEN DIAKONIE

1. Es gelang den Nationalsozialisten im Zuge ihrer Machtergreifung, die große Zahl der demokratiefeindlichen Nichtwähler, von denen die Mehrheit im evangelisch-konservativen Milieu anzusiedeln war, durch ihre Aufrufe zu nationaler Solidarität zu mobilisieren und zu politisieren. Zu den wichtigsten Motiven, die gerade auch viele Diakone zur Unterstützung Hitlers bewegten, gehörten die Hoffnung auf eine Überwindung der gesellschaftlichen Krise durch die Zusammenfassung der vermeintlich 'gesunden Kräfte des Volkes', sowie der Wunsch nach der Durchsetzung einer christlichen Wertordnung im Staat bei gleichzeitiger Hinausdrängung christentumsfeindlicher bzw. katholischer Kräfte aus gesellschaftlichen Schlüsselpositionen.

2. Die teilweise Gleichschaltung der Männlichen Diakonie, die mit dem Hamburger Diakonentag ihren Höhepunkt erreicht, vollzog sich kaum anders als in vergleichbaren Organisationen, nämlich durch einen gleichzeitigen Ansturm von außen und innen, durch staatliche Kommissare einerseits und Nationalsozialisten in den eigenen Reihen andererseits. Sobald sich die 'Revolutionäre' an der Basis mit den inzwischen von der Parteiführung ernannten Bevollmächtigten und Referenten zusammensetzten, wuchs der Gleichschaltungsdruck in so hohem Maße, daß die betroffene Organisation den neuen Machthabern substantielle Zugeständnisse machen mußte, wollte sie nicht den offenen Konflikt mit ihnen heraufbeschwören. Das galt auch für den Diakonenverband.

3. Das vorrangige Ziel der Verbandsführung war - vor den Hamburger Beschlüssen wie nach ihnen - die Wahrung der Verbandsintegrität. Vor allem Weigt war der Bestand des DDV ein so hoher Wert, daß er zu substantiellen Zugeständnissen bereit war. Die Möglichkeit einer Auflösung des DDV im Falle einer totalen Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zog er zu keiner Zeit ernsthaft in Erwägung.

4. Viele Diakone fühlten sich von der 'Glaubensbewegung Deutsche Christen' angesprochen, weil sie mit ihnen das Ziel einer 'volksnahen Verkündigung' teilten. Zudem erhofften sie sich

von einem Sieg der Glaubensbewegung einen deutlichen volksmisionarischen Schub, der in einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit ein umfangreiches Arbeitsfeld versprach.

5. Der Druck der Nationalsozialisten auf Durchsetzung des Führerprinzips innerhalb der Diakonenschaft schwächte die bisherige von den Brüderhausvorstehern bestimmte Verbandsführung und bot erstmals die Möglichkeit, das seit der Gründung des DDV gehegte Verlangen nach Einsetzung eines Diakons in der Verbandsspitze durchzusetzen.